

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 05. Januar 2025

WP-01-K3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

ÄNDERUNGSANTRAG Ä1

*Antragsteller*in: Philipp Zeller (KV Koblenz)*

Antragstext

Von Zeile 1188 bis 1189 einfügen:

Wir wollen unsere Verteidigungsfähigkeit sicherstellen und unsere Bundeswehr inklusive der Reserve mithilfe einer leistungsfähigen europäischen Rüstungsindustrie gut und modern

Begründung

Die Bundeswehr muss als Ganzes gut und modern ausgestattet werden, um die Verteidigungsfähigkeit sicher zu stellen. Das umfasst auch die Reserve, die nach wie vor, wenn überhaupt, nur rudimentär über Material verfügt. An dieser Stelle muss deswegen klar und ohne missverständliche "mitgemeint" benannt werden, dass auch die Reserve Ausstattung braucht.

WP-01-K3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

ÄNDERUNGSANTRAG Ä2

Antragsteller*in: Juergen Kurz

Antragstext

Von Zeile 1004 bis 1008 löschen:

~~China versucht zunehmend aggressiv, das internationale System nach seinen Interessen umzubauen und den militärischen Druck in der Straße von Taiwan zu erhöhen. Für uns ist China systemischer Rivale, Wettbewerber und Partner, doch die Rivalität rückt immer mehr in den Fokus Pekings.~~ Mit der ersten China- Strategie der Bundesregierung haben wir begonnen, die jahrelange Naivität in der

Begründung

Die Aussagen in Zeile 1004-1007 entsprechen nicht den Tatsachen und der von China betriebenen Politik und zeigen in die falsche Richtung. Anstatt China so anzuklagen sollten GRUENE wesentlich stärker auf eine Klimaschutzkooperation mit China setzen. Mit solchen nicht sachgerechten Formulierungen wird das erschwert.

Im Einzelnen:

1. China hat bis heute in keinem Statement behauptet, dass es aus seiner Sicht eine Rivalität mit Deutschland sieht. Auch nicht mit Europa. Im Gegenteil, China betont in allen Stellungnahmen, dass es an einem partnerschaftlichen Verhältnis mit Europa und speziell mit Deutschland großes Interesse hat. Unter anderem wird dies auch belegt, mit der erst kürzlich verlängerten Visafreiheitspolitik. Deutsche Staatsbürger und viele andere Europäer können ohne Visa für 4 Wochen China besuchen. Die Rivalität wird ausnahmslos seitens Europa und deutscher Politiker betont aber niemals von China.
2. China versucht nach rund 200 Jahren Fremdbestimmung über China, mit allen Ländern der Welt ein partnerschaftliches Verhältnis zu pflegen. Dabei bemüht es

sich auch die Rahmenbedingungen fuer Partner aus dem Bereich der Schwellenlaender in globalen Institutionen zu verbessern. China greift in keiner Form die UN Menschenrechtscharta an und hat in keiner Stellungnahme zum Ausdruck gebracht diese Charta aendern zu wollen. Allerdings setzt China wie jedes andere Land auch, unterschiedliche Schwerpunkte bei der Entwicklung und hat in den vergangenen 40 Jahren aussergewoehnliches zum Schutz der Menschenrechte geleistet und rund 800 Mio. Menschen aus der Armut in einen moderaten Lebensstandard gefuehrt. Es wehrt sich aber mit allen Mitteln dagegen, von westlichen Politikern fuer einzelne Fehlentwicklungen in seiner Geschichte gebrandmarkt zu werden.

3. China erhoehrt in der Taiwanstrasse nicht den militaerischen Druck, sondern macht weiterhin deutlich, dass es konsequent an den 1979 geschlossenen Vertraegen zur Ein China Politik festhaelt. Fuer China ist es seit Anfang der Gruendung der VR China darauf zu bestehen, das Taiwan ein Teil Chinas ist. Angesichts der frisch gemachten Ausserungen des taiwanesischen Praesidenten, der in Taiwan keine parlamentarische Mehrheit mehr hinter sich hat, hat China mit seinen Militaermanoevern noch einmal deutlich gemacht, dass es im Fall des Versuchs einer Abspaltung Taiwans, in der Lage ist, militaerische Massnahmen zu ergreifen. Damit folgt China der seit 1949 vorgegebenen Linie, dass es nur ein China gibt und eine Separation laut chinesischer Verfassung nicht zulaessig ist. Die militaerischen Manoever sind nicht neu, sie werden nur mit modernen Waffen vorgefuehrt.

WP-01-K3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

ÄNDERUNGSANTRAG Ä3

Antragsteller*in: Juergen Kurz

Antragstext

Von Zeile 1122 bis 1124 löschen:

vereinbarten und auch national definierten Ziele und Bedarfe erfüllt und dafür dauerhaft ~~deutlich mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts~~ in unsere Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit investiert. Dies wird nicht allein aus

Begründung

Es macht Sinn durch flexible, aber abgestimmte europäische Beschaffungen die Verteidigungsfähigkeit in Europa sicher zu stellen. Mit einer Mindestangabe auf eine 2% Festlegung treibt man aber nur die Beschaffungspreise und Aktienkurse der einschlägigen Unternehmen nach oben und trägt in keiner Form zu einer qualitativen Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit bei. Jeder Unternehmer weiß, dass er bei einer Investition seine Ziele beschreibt, aber nie einen Mindestpreis angibt um die Anbieterseite auch marktwirtschaftlich unter Druck zu setzen. Mit der 2% Aussage macht man aber genau das.

Soweit ich weiß, gibt es keinen Haushaltsbereich in dem schon im Vorfeld festgelegt wird, wie viel mindestens vom Haushalt in ihm ausgegeben werden soll. Das wäre auch kein adäquater Umgang mit Steuergeldern. Warum dies also dann im Rüstungsetat sein muss, wo einschlägige wirtschaftliche Interessen eine Rolle spielen, ist wirtschaftlich nicht nachvollziehbar.

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 05. Januar 2025

WP-01-K3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

ÄNDERUNGSANTRAG Ä4

*Antragsteller*in: Juergen Kurz*

Antragstext

Von Zeile 810 bis 812 einfügen:

Deutschland und Europa Angst zu schüren, Bündnisse zu destabilisieren und Schaden zuzufügen. Beschädigungen von Datenkabeln, [Pipelines](#) und KRITIS, Drohnenüberflüge an Bundeswehrstandorten oder Brandsätze in der Luftfracht haben gezeigt, wie

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 05. Januar 2025

WP-01-K3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

ÄNDERUNGSANTRAG Ä5

*Antragsteller*in: Juergen Kurz*

Antragstext

Von Zeile 1201 bis 1202:

Die Klimakrise ist ~~eine der größten Sicherheitsrisiken~~ das größte Sicherheitsrisiko des 21. Jahrhunderts: Sie zerstört Lebensgrundlagen, verstärkt Konflikte und zwingt Menschen zur Flucht.

Begründung

Selbsterklaerend

WP-01-K3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

ÄNDERUNGSANTRAG Ä6

Antragsteller*in: Juergen Kurz

Antragstext

Von Zeile 1004 bis 1008 löschen:

~~China versucht zunehmend aggressiv, das internationale System nach seinen Interessen umzubauen und den militärischen Druck in der Straße von Taiwan zu erhöhen. Für uns ist China systemischer Rivale, Wettbewerber und Partner, doch die Rivalität rückt immer mehr in den Fokus Pekings.~~ Mit der ersten China- Strategie der Bundesregierung haben wir begonnen, die jahrelange Naivität in der

Begründung

Die Aussagen in Zeile 1004-1007 entsprechen nicht den Tatsachen und der von China betriebenen Politik und zeigen in die falsche Richtung. Anstatt China so anzuklagen sollten GRÜNE wesentlich stärker auf eine Klimaschutzkooperation mit China setzen. Mit solchen nicht sachgerechten Formulierungen wird das erschwert. Im Einzelnen:

1. China hat bis heute in keinem Statement behauptet, dass es aus seiner Sicht eine Rivalität mit Deutschland sieht. Auch nicht mit Europa. Im Gegenteil, China betont in allen Stellungnahmen, das es an einem partnerschaftlichen Verhältnis mit Europa und speziell mit Deutschland großes Interesse hat. Unter anderem wird dies auch belegt, mit der erst kürzlich verlängerten Visafreiheitspolitik. Deutsche Staatsbürger und viele andere Europäer können ohne Visa für 4 Wochen China besuchen. Die Rivalität wird ausnahmslos seitens Europa und deutscher Politiker betont aber niemals von China.
2. China versucht nach rund 200 Jahren Fremdbestimmung über China, mit allen Ländern der Welt ein partnerschaftliches Verhältnis zu pflegen. Dabei bemüht es sich auch die Rahmenbedingungen für Partner aus dem Bereich der Schwellenländer in

globalen Institutionen zu verbessern. China greift in keiner Form die UN Menschenrechtscharta an und hat in keiner Stellungnahme zum Ausdruck gebracht diese Charta ändern zu wollen. Allerdings setzt China wie jedes andere Land auch, unterschiedliche Schwerpunkte bei der Entwicklung und hat in den vergangenen 40 Jahren außergewöhnliches zum Schutz der Menschenrechte geleistet und rund 800 Mio. Menschen aus der Armut in einen moderaten Lebensstandard geführt. Es wehrt sich aber mit allen Mitteln dagegen, von westlichen Politikern für einzelne Fehlentwicklungen in seiner Geschichte gebrandmarkt zu werden.

3. China erhöht in der Taiwanstrasse nicht den militärischen Druck, sondern macht weiterhin deutlich, dass es konsequent an den 1979 geschlossenen Verträgen zur Ein China Politik festhält. Für China ist es seit Anfang der Gründung der VR China darauf zu bestehen, dass Taiwan ein Teil Chinas ist. Angesichts der frisch gemachten Äußerungen des taiwanesischen Präsidenten, der in Taiwan keine parlamentarische Mehrheit mehr hinter sich hat, hat China mit seinen Militärmanövern noch einmal deutlich gemacht, dass es im Fall des Versuchs einer Abspaltung Taiwans, in der Lage ist, militärische Maßnahmen zu ergreifen. Damit folgt China der seit 1949 vorgegebenen Linie, dass es nur ein China gibt und eine Separation laut chinesischer Verfassung nicht zulässig ist. Die militärischen Manöver sind nicht neu, sie werden nur mit modernen Waffen vorgeführt.

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 05. Januar 2025

WP-01-K3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

ÄNDERUNGSANTRAG Ä7

Antragsteller*in: Almut Tobola

Antragstext

Von Zeile 1188 bis 1190:

Wir wollen unsere Verteidigungsfähigkeit sicherstellen und unsere Bundeswehr mithilfe einer leistungsfähigen europäischen Rüstungsindustrie ~~gut und~~ ausreichend, modern und kosteneffizient ausstatten. Ineffiziente Doppelstrukturen unter EU-Mitgliedstaaten wollen wir

Begründung

"gut und modern" wäre zu teuer, es sei denn, unter modern wäre zu verstehen, dass wir mehr auf soziale Verteidigung und Polizei als auf militärische Verteidigung setzen.